

„Frieden für Afghanistan – Bundeswehr raus“

Demonstration gegen die Verlängerung der Bundeswehreinsätze

15. September Berlin – 12 Uhr Alexanderplatz

„Im September und Oktober steht die Fortsetzung der Beteiligung der Bundeswehr an dem NATO-Krieg „Operation Enduring Freedom“ und dem UN-mandatierten ISAF-Einsatz auf der Tagesordnung im Bundestag. Erneut steht die Entscheidung Krieg oder Frieden an. Aus diesem Anlass bekräftigen wir unser entschiedenes NEIN zum Krieg. Die proklamierten Ziele der Militäreinsätze - Terrorismusbekämpfung sowie Demokratisierung und Wiederaufbau - sind nicht erreicht. Im Gegenteil: Die Lage im Land verschlechtert sich zusehends und in Afghanistan selbst, in Deutschland und weltweit wird der Krieg aus guten Gründen mehrheitlich abgelehnt...“ (aus dem Aufruf zur Demo).

Veranstaltung in Augsburg

Von wegen „Aufbau“ – die Zerstörung Afghanistans, ein Werk der Imperialmächte

Attac Augsburg, die Augsburger Friedensinitiative, Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen und das Forum solidarisches und friedliches Augsburg haben am 17. August eine Veranstaltung unter diesem Thema durchgeführt. Dr. Matin Baraki, Lehrbeauftragter an der Uni Marburg, konnte in einem gut gefüllten Saal im Bürgerhaus Pfersee referieren. Für die, die dort waren, war's eine umfangreiche Informationsveranstaltung; für alle anderen drucken wir den nachfolgenden Veranstaltungsbericht.

Schwerpunkt der Ausführungen Barakis war die kapitalistische Motivation der im Nahen Osten aktiven Staaten. Das begann bei der Darstellung der geostrategischen Bedeutung Afghanistans bereits im 19. Jahrhundert (für Russland im Norden und Großbritannien im Süden der Region). Im 20. Jahrhundert waren es vor allem die rund um das Land liegenden Erdöl- und -gasvorkommen und die damit verbundenen Pipelinewünsche, die Begehrlichkeiten seitens der NATO und auch der Sowjetunion (SU) weckten. Und das reichte bis zu den multinationalen Energiekonzernen, die unter Führung der US-Regierung nach der Auflösung der Sowjetunion in den südlichen Staaten der Ex-SU reiche Erdgas- und Erdölvorkommen entdeckt hatten. Sie planten drei Pipelines durch Afghanistan. Zum Beleg solcherart Motivationen stellte der Referent die Zahlen für das Wirtschaftswachstum in den USA dar: Von vor dem Krieg im Jahr 2000 = -

1,6%; nach Beginn des Afghanistankriegs 2001 = +5%; 2002 = +1,3%; nach Beginn des Irakkriegs 2003 = 7,2%.

In der Vergangenheit haben die USA für ihre Zwecke stets auf Oppositionelle im Land gesetzt: 1978 gegen die „Bürgerliche Revolution“ der Offiziere unterstützten sie massiv (über den CIA) die Großgrundbesitzer in ihrem Kampf gegen die Landreform. Nach dem Einmarsch der SU-Truppen bauten sie militärisch die islamistischen Modjahedin auf - damals noch „Freiheitskämpfer“ genannt. Nach dem Rücktritt der von der SU gestützte linke Regierung 1992 und als sich die Modjahedin gegen die Pipelinepläne der USA wandten, wurden von ihnen die oppositionellen Taliban aufgebaut. Als sich diese wiederum für eigene Interessen verselbständigten, bereiteten die USA den militärischen Einmarsch vor. Baraki: „Die USA suchten einen Grund für den Militärschlag; der 11.9.2001 war der Anlass für den Angriff“. Die ehemaligen „Freiheitskämpfer“ wurden in „Terroristen“ umbenannt. Afghanistan wurde zum Protektorat erklärt. Baraki: „Weil Protektorate faktisch Kolonien sind, können im günstigsten Fall Probleme nur verschoben, im ungünstigsten Fall verschlimmert werden. Zu einer Lösung kommt es, wie an Afghanistan ersichtlich, nicht.“ Zunächst wurde eine neue Regierung gebildet: Aber nicht durch Wahlen im Land sondern unter „formaler UN-Ägide“ in Deutschland bei Bonn auf dem Petersberg. Hamid Karsai, der seit Beginn des afghanischen Bürgerkrieges enge Verbindungen zur CIA unterhalten



hatte und sich im Indischen Ozean auf einem US-Kriegsschiff befand, wurde zum Interimsministerpräsidenten ernannt, trug Baraki vor. In der Folge wurde immer mehr Militär „zum Schutz der neuen Regierung“ nach Afghanistan gebracht. Nutznießer seien neben der ausländischen Kriegsindustrie die Drogenbarone in Afghanistan, die von niemanden angegriffen werden. Eine eigenständige afghanische Wirtschaft gebe es zurzeit nicht. Es gebe allerdings eine breite, aufgeklärte Schicht im Land, die Interesse an der Beseitigung des jetzt herrschenden Chaos hat. Die gelte es zu unterstützen. Weder Warlords, noch Drogenbarone, noch Taliban, noch Modjahedin noch Al Kaida dürften eine neue Regierung bilden. Unter Aufsicht internationaler unabhängiger Vertreter (z.B. der blockfreien und der arabischen Staaten) muss eine neue Ratsversammlung einberufen und eine neue Regierung gewählt werden.

Dafür sollen nach Ansicht des Referenten die ausländischen Truppen schnellstmöglich abgezogen werden – die Bundeswehreinheiten könnten sofort und ohne Probleme in die BRD zurück geholt werden, weil sie keinerlei Bedeutung für die Stabilität im Lande haben.

Durch die hier beschriebene Schwerpunktsetzung durch Matin Baraki wurde die Frage in wie weit es in den westlichen Ländern berechnete Interessen zum Schutz vor islamistisch begründeten Angriffen geben könne nur indirekt behandelt: Mit Waffengewalt können in Afghanistan weder eine Demokratie mit gleichen Rechten für alle Menschen noch eine selbständige Wirtschaft aufgebaut werden. *jol*

Bundesausschuss Friedensratschlag „In Übereinstimmung mit zahlreichen humanitären Organisationen, die sich stets für eine strikte Trennung von zivilen und militärischen Maßnahmen ausgesprochen haben, fordert der Bundesausschuss Friedensratschlag eine radikale Änderung der deutschen Afghanistan-Politik. Hilfe kommt nicht von Tornados oder aus Bomben und Raketen. Hilfe kommt allein von zivilen Maßnahmen, die heute schon erfolgreich in Gegenden durchgeführt werden, wo sich keine Besatzungstruppen befinden, wie beispielsweise die „Kinderhilfe Afghanistan“ immer wieder betont. Mit dem Geld, das für eine Tornado-Flugstunde ausgegeben wird, könnte in Afghanistan eine ganze Schule errichtet werden...Wirkliches Engagement für den zivilen Wiederaufbau des vom Krieg zerstörten Afghanistan kann erst richtig beginnen, wenn die Besatzungstruppen das Land verlassen.“ (PE 25.07.07 - www.uni-kassel.de/fb5/frieden/bewegung/afgh/baf.html)